

Wählerstimmungen und Wählerstimmen: Eine Wahlanalyse in Bund und Bayern

Richard Hilmer

Veranstaltung vom 9. November 2005



Akademiegespräche
im Landtag

Akademie für
Politische Bildung
Tübingen



**Wählerstimmungen
und Wählerstimmen:
Eine Wahlanalyse in
Bund und Bayern**

Impressum

Tutzing/München 2005

Herausgeber:

Bayerischer Landtag

Abteilung Parlamentarische Dienste

Maximilianeum, 81627 München

www.bayern.landtag.de

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1, 82327 Tutzing

www.apb-tutzing.de

Begrüßung

Alois Glück

Präsident des Bayerischen Landtags

Einführung

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing/Universität Passau

Vortrag

Wählerstimmungen und Wählerstimmen:

Eine Wahlanalyse in Bund und Bayern

Richard Hilmer

Geschäftsführer

Infratest dimap, Berlin

Auszüge aus der Diskussion

Alois Glück

Präsident des Bayerischen Landtags

Begrüßung

Die Akademiegespräche im Parlament, eine Kooperationsveranstaltung mit der Akademie für Politische Bildung Tutzing, haben eine große Themenbreite. Heute bewegen wir uns sehr im Bereich der Aktualität. Der Anlass ist das Ergebnis der Bundestagswahl, die damit verbundenen Rätsel bei den Parteien und bei der Bevölkerung, was das Ergebnis betrifft, aber auch, warum die Demoskopen das so „haarscharf“ getroffen haben. Die Parteien rätseln immer noch, müssen aber feststellen, dass dieselbe Demoskopie, einmal unterstellt, sie trifft den Sachverhalt, uns lehrt, dass die Leute jetzt auch nicht anders wählen würden. Also ist es wichtig, dass wir uns mit der politischen Situation, die sich daraus ergibt, intensiv auseinandersetzen. Ich begrüße Sie sehr herzlich zu dieser Veranstaltung. Ich freue mich, dass wir Ihnen durch die Initiative von Herrn Professor Oberreuter, der das Thema und den Referenten gewählt hat, dieses heute anbieten können.

Meine Damen und Herren, Sie waren vielleicht bei dieser Bundestagswahl ganz besonders überrascht von dem Ergebnis, angesichts dessen, was die Umfragen gesagt haben, aber ich gebe zu, auch angesichts dessen, was ich als politischer Akteur nicht nur

gehofft, sondern geglaubt habe zu fühlen. In der letzten Woche vor der Wahl, in der sich offenbar viel bewegt hat, habe ich bei all den Veranstaltungen von niemandem gehört: „Ich glaube, da ist was im Gang, da verändert sich etwas.“ So gesehen, schließe ich mich jetzt in den Kreis derer ein, die nicht richtig lagen in ihrer Einschätzung, in Ihrem Fühlen. Andererseits setzt sich von Wahl zu Wahl fort, dass die Prognosen, mit unterschiedlicher Streubreite, einigermaßen oft daneben liegen. Offenbar, so interpretiere ich es, ist gerade in der letzten Phase eines Wahlkampfes sehr viel Bewegung. Der Politologe Professor Korte hat einmal bei einer Veranstaltung gesagt: „Wahlkämpfe sind immer mehr Marathonläufe mit Schlussspurtsentscheidung“. Es scheint so zu sein.

Aber es geht jetzt nicht in erster Linie darum zu fragen und zu forschen, warum die Demoskopien nicht richtig lagen, sondern viel wichtiger ist, noch einmal nachzuarbeiten und zu analysieren, was sich denn bei den Wählern und in der Parteienlandschaft tut. Es ist wohl so, dass die Parteienlandschaft in Bewegung geraten ist. Das dokumentiert sich einmal in der Existenz einer neuen, zusätzlichen Partei nach der Bundestagswahl im Parlament, und man kann durchaus

den Eindruck haben, dass eigentlich schon länger Bewegungen „unter der Decke“ sind, und dass diese Entwicklung wahrscheinlich noch nicht abgeschlossen ist. Wenn es, wie zu erwarten ist, zu einer Großen Koalition kommt, wird dies möglicherweise weitere Auswirkungen auf die Parteienlandschaft haben, nach bisheriger politischer Erfahrung etwa in der Richtung, dass es die kleineren Parteien stärkt. Vielleicht entsteht auch etwas Neues – ich sehe es momentan noch nicht. Es braucht dazu natürlich eine tragende Idee, ein Gefühl, denn alle Parteineugründungen der Nachkriegszeit, die Kopfgeburten waren, hatten keinen Bestand. Offensichtlich können nur Parteien sich etablieren, die ein bestimmtes Lebensgefühl der Menschen erreichen, ein Thema haben, das für das Lebensgefühl der Menschen wichtig ist. Die GRÜNEN waren eine solche Bewegung, sie trafen das Lebensgefühl der damaligen Zeit. Die Linkspartei mit ihrem Thema Gerechtigkeit hat wahrscheinlich auch ein solches Thema. Aber es ist sehr, sehr viel in Bewegung. Und diesen Dingen wollen wir heute auf den Grund gehen.

Ich freue mich sehr, dass ich dazu einen Sozialwissenschaftler begrüßen kann, der den allermeisten von uns

wahrscheinlich via Fernsehschirm bekannt ist: Herrn Richard Hilmer. Herr Hilmer ist Geschäftsführer von Infratest dimap Berlin, bekannt unter anderem vom Deutschlandtrend in der ARD und anderem. Herzlich willkommen!

Zur Person noch: Geboren in München, also ist es heute schon mal ein „Heimspiel“ für ihn. Studium der Soziologie, Psychologie und Wirtschaftsgeschichte hier an der LMU. Das Thema des Vortrags heißt: „Wählerstimmungen und Wählerstimmen: Eine Wahlanalyse in Bund und Bayern“.

Prof. Dr. Dr. h.c.
Heinrich Oberreuter
Direktor der Akademie für
Politische Bildung Tutzing
Universität Passau

Einführung

Ich könnte mir vorstellen, dass manche Partei den Sonderbonus gerne hätte, den Herr Hilmer hier hat, aber man muss ihn sich immer noch an den Wahlurnen verdienen. Eine zweite Vorbemerkung kann ich auch nicht ganz unterdrücken: Man kann alles überleben, Wahlen und Fraktionssitzungen. Das ist das Tröstliche in der Demokratie, es gibt immer noch einen anderen Tag, und zwar einen erträglichen. In anderen Systemen sind die anderen Tage oft auch nicht erträglich.

Der erste Punkt: Es hat, glaube ich, noch nie eine Wahl gegeben in der Geschichte der Bundesrepublik, die einen so interessanten Vorlauf nahm. Angefangen bei der Frage nach der Verfassungskonformität des Zustandekommens dieser Wahl und des Wahltermins bis hin zu der außergewöhnlichen Situation eines Wahlkampfes, in dem ein Kanzler um das Vertrauen der Wähler warb, der vorher heftig darum gerungen hatte, das Misstrauen seiner eigenen Fraktionsmitglieder zu erzielen. Dass das eine innere Logik hatte, wissen wir alle. Aber es gehört zu dieser Vorgeschichte eben auch, dass es in diesem Land keine wirkliche Wechselstimmung gab, sondern bestenfalls das, was Renate Köcher eine „resignative

Wechselstimmung“ genannt hat. Diesen Schuh müssen sich die Parteien in diesem Lande anziehen; denn die „resignative Wechselstimmung“ hat etwas damit zu tun, dass die Mehrheit der Wähler nicht glaubt, dass sich irgendetwas positiv verändern würde, wenn man nur die Regierung austauschte. Wenn man sich die Vertrauens- und Zustimmungszyklen zum politischen System anschaut, dann bewegen sie sich über die Jahre im selben Rhythmus, aber auf einem immer niedrigeren Niveau. Das heißt, was wir dringend brauchen, sind Problemlösung und Glaubwürdigkeit im politischen System.

Zweitens. Was an dieser Wahl interessant war aufgrund des Mangels an Vorbereitungs- und Planungszeit, das ist die Tatsache, dass die Parteien in diesem Wahlkampf auf sich selbst geworfen waren. Das war ein authentischer Wahlkampf, weil die Parteien zeigen mussten, was sie konnten, und so war der Wahlkampf dann auch. Er war von den optischen Elementen her der Ästhetik der Siebzigerjahre angelehnt, und er war gekennzeichnet von zahlreichen vermeidbaren Fehlern, erstaunlichen Fehlern, zum Beispiel von der Fehleinschätzung der Bedeutung des Themas „Soziale Gerechtigkeit“. Niemand

wird in diesem Lande auf absehbare Zeit eine Wahl gewinnen, der nicht im Geruch der Verteidigung der sozialen Gerechtigkeit steht. Wenn man sich die bayerischen Wahlergebnisse ansieht, dann gibt es eine rote Insel, wo die SPD bei Gesamtverlusten von 0,5 % in Bayern – wenn auch wenig und auf niedrigstem Niveau – durchgängig gewonnen hat, und das ist Ostbayern. In Ostbayern siedelt BMW. Bei BMW arbeiten viele Menschen, die täglich drei bis vier Stunden Zeit zum Pendeln auf sich nehmen, und denen man im Wahlkampf erzählt hat, die Pendlerpau-schale kürzen und die Zuschläge für Nacht- und Schichtarbeit und ihre Steuerbefreiung destruieren zu wollen. Wenn man einen empirischen Beweis dafür braucht, wie bestimmte Aussagen, die man natürlich als ehrlich bezeichnen kann, an der Wahlurne wirken, dann soll man sich dieses Wahlergebnis anschauen.

Ich will das Thema Kirchhof nicht erwähnen, weil das Herr Hilmer mit Sicherheit tut und tun muss. Aber wir haben gesehen, dass auch hier Authentizität gefordert ist – Person und Inhalt müssen zusammenstehen. Das ist eigentlich sehr tröstlich. Wir haben natürlich gesehen, dass man sehr unterschiedliche Wahlkampf-

strategien anwenden kann. Man kann mit perfekten, quasi algebraischen Formeln und geometrischen Figuren auf die Herausforderungen, die uns umstellen, antworten, oder man kann sich relativ lässig zurücklehnen und sagen, wir bewahren die Schöpfung, wir bewahren die soziale Sicherheit und wir bewahren den Frieden. Diese Strategie ist ganz offensichtlich die erfolgreichere. Anders kann man das Wahlergebnis nicht erklären. Das zeigt uns, dass man für erfolgreiche Wahlausgänge neben der überzeugenden Führungskraft, neben Zukunftskompetenz, eben auch eine Hoffnungsperspektive braucht. Auch das ist ein Punkt, den wir seit langem anmahnen gegenüber der Politik: vor allen Detail- und Einzelmaßnahmen nicht zu vergessen, dass die Bevölkerung ein rotes Band um die Details braucht, die Perspektive einer halbwegs gesicherten Zukunft, in der es sich einzurichten lohnt. Unsere Bevölkerung ist nicht bereit, Reformexperimente auf sich zu nehmen, die unkalkulierbar und tiefgreifend sind. Auch das hat man unterschätzt.

Der dritte und letzte Punkt: Diese Wahl hatte erstaunliche Ergebnisse. Nicht nur im Irrtum der Demoskopien, die ja alle zwischen fünf und sechseinhalb Prozent Abweichung zu ver-

zeichnen hatten. Es mag vielleicht dieser Situation geschuldet sein, dass wir bei unserer Konferenz, die wir gerade in Tutzing hatten, bei der alle drei Institute da waren – Forschungsgruppe Wahlen, Infratest und Allensbach –, zum ersten Mal zwischen den Demoskopien ein gedeihliches, fruchtbares, freundliches Gesprächsklima herrschte. Wahrscheinlich deswegen, weil man in gewisser Weise in einem gemeinsamen Boot sitzt, und dieses Boot heißt Herausforderung. Herr Hilmer wird uns sicher auch erklären, woran es liegt, dass man diesmal das Ergebnis so „haarscharf“ getroffen hat, wie es der Präsident gesagt hat.

Wir haben eine Verstärkung des Trends zur späten Entscheidung erlebt, wir haben vor allen Dingen eine Vertiefung, eine geradezu strukturelle Verfestigung des Nord-Süd-Gegensatzes in dieser Republik erlebt. Wenn wir darauf aufmerksam machen, dass 12 der 16 Bundesländer der SPD gehören – vier gehören der Union: Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Rheinland-Pfalz –, dann zeigt das doch sehr deutlich, dass es politisch-kulturelle Unterschiede gibt, was die Attraktivität der Parteien, was aber auch die Art und Weise der Lebensführung und Lebensgestaltung etwa jenseits der Linie Kaisers-

lautern – Frankfurt – Dresden betrifft. Fast hat man den Eindruck, man erlebe die Wahlgeographie der Weimarer Republik wieder, wo das so ähnlich gewesen ist. 2002 konnte man in diesem Gefälle vielleicht einen „antibajuwarsischen Effekt“ erblicken. Aber er hat sich wiederholt. Auch mit einer ostdeutschen Spitzenkandidatin hat sich Deutschland nicht umentschieden. Zusätzlich hat sich der Ost-West-Gegensatz verfestigt, der zu dem Nord-Süd-Gefälle meines Erachtens dazugehört. Wir haben erlebt, dass die Volksparteien auf den Stand der späten Fünfziger-, frühen Sechzigerjahre zurückgeworfen worden sind und Platz gemacht haben für Parteien am Rande. Bei aller Konzentration auf die „PDSml“ – also „PDS mit Lafontaine“, – ist nicht zu übersehen, dass wir auch am rechten Rand vier mobilisierbare Prozente haben. Bei Erfolglosigkeit, die ich nicht erhoffe, der Großen Koalition könnten sie sich verstärken. Aber ich hoffe, dass ich da falsch vermute.

Wir haben zuletzt auch eine starke Zuspitzung der Bedeutung des personellen Faktors gesehen; denn die Wählerbewegung am Ende des Wahlkampfes ist nicht zuletzt auch unterstützt worden vom Duell der beiden Kandidaten. Das heißt im Klartext, wir

müssen uns immer mehr auf die Bedeutung des Fernsehens und der Medien – aber speziell des Fernsehens – für die politischen Entscheidungen und politischen Bildungsprozesse einrichten. Von daher glaube ich fast: den Marathonlauf kann man sich sparen. Man kann gleich die Zielgerade angehen.

Herr Hilmer, Sie haben das Wort!

Richard Hilmer

Geschäftsführer

Infratest dimap, Berlin

**Wählerstimmungen
und Wählerstimmen:
Eine Wahlanalyse
in Bund und Bayern**

Vortrag

Meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren, Herr Präsident, lieber Herr Oberreuter!

Vielen Dank für die Einladung und für die Möglichkeit, in meiner Heimatstadt über eine Wahl zu berichten, die natürlich über die Landeshauptstadt hinaus von erheblicher Bedeutung ist. Die Bundestagswahl 2005 hat Fragen aufgeworfen, nicht nur für die Politik und für die Parteien, die derzeit ja immer noch dabei sind, diese Fragen zu beantworten, sondern auch für uns Demoskopien. Und diese Wahl ist noch nicht zu ihrem Ende gekommen, die Koalitionsverhandlungen dauern ja noch an. Es war eine Wahl, die mit Mühen begonnen hat und dann ein Ergebnis brachte, das eine Reihe von Fragen aufgeworfen hat. Ich kann hier sicherlich nur einige dieser Fragen beantworten.

Das Erstaunliche war der Vorlauf dieser Wahl, der bestimmte Erwartungen geweckt hat, die dann nicht, oder zumindest nicht so wie erwartet eingetreten sind. Als erstes will ich noch einmal auf den Zeitpunkt der Ankündigung dieser vorgezogenen Neuwahlen zurückkommen. Zweitens will ich den Fokus richten auf die letzte entscheidende Phase des Wahlkampfes, die hoch interessant ist, nicht nur für uns Wissenschaftler, sondern natürlich auch für die Politik. Drittens

komme ich noch auf das Wahlergebnis und seine Bedeutung zu sprechen. Zum Abschluss dann noch ein kleiner Ausblick auf Bayern, das dem Wahlergebnis eine besondere Note gegeben hat.

Das Ergebnis war zwar überraschend, allerdings hätte man sich darauf einstellen können, denn bereits bei den vorangegangenen Wahlen schrammte das Ergebnis relativ knapp an Mehrheitskonstellationen vorbei, wie wir sie jetzt erleben. Schon 1998 rechneten viele mit einer großen Koalition und die Bundestagswahl 2002 hat nur deshalb noch ein relativ klares Ergebnis erbracht, weil die PDS ein drittes Direktmandat verfehlte. Ansonsten wäre sie mit ca. 25, 30 Abgeordneten in das Parlament eingezogen, die rot-grüne Mehrheit wäre verloren gewesen und man hätte die Koalitionsverhandlungen, die derzeit in Berlin geführt werden, schon damals machen müssen.

Blicken wir noch einmal kurz auf die Stimmung vor der Bundestagswahl, wobei sich vier Phasen abzeichnen. Die erste Phase begann unmittelbar nach der sehr überraschenden Ankündigung der Neuwahl. Diese Ankündigung brachte noch einmal einen euphorischen Schub für die Union, die in der Wählergunst fast bis

an die 50-%-Marke stieg. Es gab schon die ersten Stimmen, die von absoluten Mehrheiten sprachen und in Frage stellten, ob die FDP für einen Machtwechsel noch vonnöten sei. Die zweite Phase war bestimmt durch das Auftreten neuer bzw. alter Akteure in neuer Formation. Die PDS hat sich kurz nach Ankündigung von Neuwahlen in eine neue Allianz mit der WASG begeben und trat zudem mit zwei markanten Personen an der Spitze an. In den Umfragen machte sie einen gewaltigen Sprung, gleichzeitig sanken die Werte der Union. Es folgte eine relativ lange, stabile Phase, die mit einem langsamen Anstieg der SPD aus der 25-Prozent-Talsole verbunden war. Das kam nicht ganz unerwartet, denn bei der SPD war ja bis zur Vertrauensabstimmung im Bundestag nicht klar, in welcher Konstellation sie antritt, und ob es Schröder überhaupt noch einmal wissen will. Erst nach der Vertrauensfrage, als er den Hut in den Ring warf, konnte die Partei den Wahlkampf und damit verbunden eine Aufholjagd beginnen, lag aber in den Umfragen immer mehr oder weniger deutlich hinter der Union. Die vierte und letzte Phase brachte dann einen überraschenden Einbruch der Unionsparteien.

Die Grundstimmung dieser Wahl war

bestimmt von einer rot-grünen Regierungsbilanz, die äußerst durchwachsen ausfiel. Es gab zwar durchaus eine Reihe von Leistungen, die die Wähler, zum Teil sogar über die Parteigrenzen hinweg, positiv beurteilten. Dies betraf vor allem den Bereich der Außenpolitik – hier spielte der Irak-Konflikt natürlich eine entscheidende Rolle – sowie die Umweltpolitik und gesellschaftspolitische Aspekte. Hier lagen, wie schon 2002, die Stärken der rot-grünen Koalition. Diesmal standen allerdings andere Themen im Mittelpunkt, vor allem natürlich die Agenda 2010. Ihre Zielrichtung wurde zwar im Prinzip von einer Mehrheit begrüßt, bei den betroffenen Wählern war sie aber Anlass für eine ausgeprägte Verärgerung und Anlass für harsche Reaktionen von enttäuschten SPD-Wählern – die SPD hat die Folgen dieser Verärgerung bei allen Landtagswahlen der letzten Jahre schmerzlich erfahren. Strittig war vor allem auch die Wirtschaftspolitik von Rot-Grün. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Jahre wurden Rot-Grün angelastet. 60 %, fast zwei Drittel, hatten den Eindruck, dass Deutschland insgesamt in den sieben Jahren rot-grüner Regierung an Wettbewerbsfähigkeit verloren habe. Auch im Hinblick auf Berechenbarkeit und Ziel-

führungen ließ die Bundesregierung nach Ansicht von 6 von 10 Wählern zu wünschen übrig. Insgesamt wogen diese negativen Elemente offensichtlich deutlich schwerer als die positiven. Die Kritik an der Bundesregierung – und hier vor allem an der SPD – setzte im Übrigen schon unmittelbar nach der Amtsübernahme von Rot-Grün ein und hielt während der gesamten Legislaturperiode an, die Unzufriedenheit fiel dabei höher aus als bei allen Vorgängerregierungen. Erst kurz vor der Wahl hellte sich das Bild noch einmal auf, bis zum Schluss überwogen aber die negativen Urteile bei weitem. Angesichts dieser Ausgangskonstellation erschien der Wahlausgang relativ klar, unmittelbar nach der Ankündigung von Neuwahlen rechnete eine große Mehrheit der Wahlberechtigten mit einem Machtwechsel. Dies hing natürlich in erster Linie mit der hohen Arbeitslosigkeit zusammen, die der Schröder-Regierung angelastet wurde. In diesem wie in vielen anderen Feldern hatte die SPD gegenüber 2002 dramatisch an Kompetenz verloren. In der Arbeitsmarktpolitik wie auch in anderen Aufgabenbereichen – den Wirtschaftsstandort voranbringen, Kriminalität bekämpfen, Wohlstand der Bürger sichern – lag die CDU/CSU in Bezug auf ihre Kom-

petenzwerte um Längen vor der SPD. Dies hätte auf den ersten Blick ein anderes Wahlergebnis erwarten lassen, mit einem deutlichen Stimmenvorsprung für den „Kompetenzführer“ Union. Die höheren Kompetenzwerte konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch den Unionsparteien mehrheitlich nicht zugetraut wurde, die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, dass die Entwicklung der Arbeitslosigkeit einen langen Vorlauf hatte, der weit in die Regierungszeit von Helmut Kohl zurückreicht. Das war den Wählern durchaus noch erinnerlich und belastete die Vorstellung eines Machtwechsels. Bis zuletzt herrschte große Skepsis, ob es denn die Union im Falle eines Regierungswechsels schaffen würde, die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen. Insgesamt herrschte der Eindruck vor, dass auch ein Wechsel die politischen Verhältnisse in Deutschland nicht grundlegend zum Besseren wenden könne – Herr Professor Oberreuter hat den Begriff der „resignativen Wechselstimmung“ zitiert, der diese Stimmung korrekt beschreibt. Es gab auf jeden Fall keine positive Gestimmtheit, was einen möglichen Wechsel anbetraf. Hinzu kam eine im Vergleich zur vorherrschenden Parteipräferenz umge-

kehrte Kanzlerpräferenz. In den Sonntagsfragen lag zwar die Union bis zuletzt klar vorne, in der Frage nach dem bevorzugten Kanzler aber der Amtsinhaber. Nur einmal, unmittelbar nach der Nominierung von Angela Merkel zur Kanzlerkandidatin, lag Angela Merkel sowohl in den Sympathiewerten, in den Kompetenzwerten und auch in der Kanzlerpräferenz vor Schröder. Seit Ende Juni führte Schröder mit eher knappem Vorsprung. Nach dem TV-Duell zwei Wochen vor der Wahl gelang es aber dem Kanzler, sich doch deutlicher von der Herausfordererin abzusetzen. Auf der Personenebene wurden zu diesem Zeitpunkt einige Vorbehalte gegenüber Frau Merkel deutlich, nie war die Skepsis ihr gegenüber aber vergleichbar groß wie 2002 gegenüber dem damaligen Unionskandidaten Edmund Stoiber. Stoiber polarisierte die Wähler seinerzeit weit stärker als diesmal Merkel, was seine Vorteile, aber auch seine Nachteile hatte. Stoiber gelang es beispielsweise, die Wähler im eigenen Land optimal zu mobilisieren. Und da Bayern das zweitgrößte Bundesland ist, hat sich dies im Wahlergebnis für die Union sehr positiv niedergeschlagen. Angela Merkel verzeichnete keinen vergleichbaren „Heimatbonus“, sie hat auch im Osten eher schlecht abgeschnitten.

Für sie stellte sich die schwierige Frage, inwieweit sie sich als Ostdeutsche überhaupt profilieren sollte, um dort möglicherweise ein paar Stimmen zu gewinnen. Was sie dort hätte gewinnen können, hätte sie aber wohl im Westen wieder verloren. Lebhaft diskutiert wurde auch die Frage, ob die Tatsache, dass erstmals eine Frau für das Amt des Bundeskanzlers kandidierte, eher ein Vor- oder ein Nachteil für die Union war. Unsere Umfrageergebnisse belegen, dass diese Frage kaum eine Rolle gespielt hat. Generell wurde es keineswegs als Nachteil bewertet sondern eher begrüßt, dass sich eine Frau für die Position des Bundeskanzlers bewirbt. In Ost und West fiel bei den Frauen die Zustimmung ein bisschen größer aus, bei den Männern war am Anfang eine gewisse Skepsis erkennbar, die sich dann allerdings ziemlich schnell gegeben hat. Insgesamt gab es auch in Bayern keine erkennbaren größeren Vorbehalte gegenüber der Kandidatin: Während Schröder bei der Frage der Kanzlerpräferenz im Bund klar führte, lag Frau Merkel in Bayern sogar knapp vorne – nicht ganz verwunderlich, denn hierbei spielt natürlich auch die Stärke der CSU in Bayern eine entscheidende Rolle. Für die Position von Frau Merkel war entscheidend, dass sie bei den CDU- und

CSU-Wählern am Schluss einen ähnlichen Rückhalt hatte wie Herr Schröder bei denen der SPD. Bei den bis zuletzt unentschiedenen Wählern gab es allerdings bis zum Schluss einige Vorbehalte gegenüber der Kandidatin, auf die ich noch zu sprechen komme. Dies war nicht ohne Bedeutung für den Wahlausgang, weil die unentschiedenen Wähler für den Ausgang der Wahl eine nicht unwichtige Gruppe darstellten.

Zusammengefasst: Es gab eine sehr ambivalente Grundstimmung, die geprägt war durch extreme Unzufriedenheit gerade auch bei traditionellen Wählerschichten der SPD, aber es herrschte gleichzeitig eine ausgeprägte Skepsis, was die Folgen betrifft, die man sich von einem Wechsel versprach. Dies wurde in verschiedenen Befunden der Vorwählerhebungen deutlich. Man traute der CDU zu, dass sie die Wirtschaft wieder auf Vordermann bringt, ungewiss blieb allerdings für eine am Schluss sogar noch steigende Zahl von Wählern, wer davon profitieren würde. Vor allem Arbeitnehmer und Rentner, also wichtige Wählergruppen, befürchteten, dass andere profitieren, sie selber aber eher zu den Verlierern gehören würden. Es ist der Union zu keinem Zeitpunkt gelungen, ihr Image als

Vertreter der Interessen breiter Bevölkerungsschichten durchzusetzen, allerdings hatten auch die Sozialdemokraten hier erkennbare Probleme. Danach befragt, welche Partei sich denn am ehesten um die Armen und Schwachen in der Gesellschaft kümmern, gaben 43 % „Keine Partei“ an, die SPD, die in diesem Feld ganz besonders gefordert gewesen wäre, kommt hier nur auf 26 %. Diese ausgeprägte Skepsis gegenüber allen Parteien, sie würden sich nicht mehr um die Probleme des „kleinen Mannes“ kümmern, war der Nährboden für den Aufstieg der PDS. Sie lag schon in der Anfangsphase des Wahlkampfes in dieser Bewertung auf Augenhöhe mit der Union. Ihr und auch der WASG bzw. Lafontaine wurde zwar kaum zugetraut, die massiven Probleme zu lösen, für viele war aber schon ausreichend, dass die PDS die Probleme benannte, um sich letztlich auch für sie zu entscheiden, am Ende erhielt sie 8,7 % der Stimmen. Viele ihrer Wähler kamen von der SPD, einige auch von anderen Parteien, die Union eingeschlossen. Ihr Erfolg ist aber nicht nur Ausdruck der Enttäuschung über die beiden Volksparteien, er verdankt sich auch dem Personalangebot der Linkspartei. 2002 war die PDS personell ziemlich ausgeblutet, sie hatte kaum Füh-

rungspersonal, und die wenig vorzeigbaren waren untereinander tief zerstritten. Mit Lafontaine und Gysi an der Spitze verfügten sie wieder über profilierte und auch medial präsentable Politiker, die dieser Partei wieder Stimme und Durchschlagskraft gaben.

Kommen wir zur entscheidenden Phase zwei Wochen vor der Wahl! Sie wurde eingeleitet durch das TV-Duell zwischen Merkel und Schröder. Auch 2002 waren die beiden TV-Duelle von entscheidender Bedeutung. Damals gewann der Herausforderer noch das erste Duell klar nach Punkten, das zweite, entscheidende Duell gewann aber Schröder. Diesmal gab es nur ein TV-Duell, das allerdings den Höhepunkt des Wahlkampfes darstellte. 20 Millionen Zuschauer verfolgten das Duell, darunter sicher auch der ein oder andere von Ihnen. In der Bewertung des Ausgangs dieses Duells gab es diesmal eine bemerkenswerte Diskrepanz zwischen der Einschätzung der Zuschauer und der professionellen Beobachter. Letztere sahen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Merkel als mehr oder weniger deutliche Siegerin. Das Fernsehpublikum hatte einen ganz anderen Eindruck gewonnen, sie fanden mehrheitlich Schröder überzeugender.

Eine der Ursachen für diese Diskrepanz ist vielleicht darin zu suchen, dass für viele Medienbeobachter die Wahl schon klar zugunsten von Schwarz-Gelb entschieden schien. Für sie kam es wesentlich darauf an, ob die Kandidatin auf Augenhöhe mit dem Kanzler agieren und kommunizieren würde – was erkennbar der Fall war. Für die Wähler war allerdings der Wahlausgang noch völlig offen, das zeigten auch die Umfragen. Sie haben aufmerksam zugehört und die Argumente beider Kontrahenten gegeneinander abgewogen und kamen zu sehr differenzierten Ergebnissen. In einigen Politikfeldern – etwa bei der Wirtschafts-, der Arbeitsmarkt- und der Familienpolitik – konnte Merkel mehr überzeugen, in anderen, vor allem in der Außen- und der Sozialpolitik, eher Schröder. Letztere erwiesen sich als gewichtiger, denn in der Summe wirkte Schröder nicht nur sympathischer und souveräner im Auftreten, eine Mehrheit fand auch seine Argumente überzeugender. Dies galt vor allem für die unentschiedenen Wähler. Sie waren bei der Bundestagswahl 2005 zahlenmäßig weit stärker als bei allen vorausgegangenen Bundestagswahlen. Bei der Bundestagswahl 2002 gingen 12 % der Wahlberechtigten ohne erkennbare

Parteipräferenz in die Schlussphase des Wahlkampfs, diesmal waren es 18 %!

Völlig überraschend war, dass Schröder auch in der Steuerpolitik punkten konnte, in einem Politikfeld also, wo die Union bis vor kurzem noch einen klaren Kompetenzvorsprung gegenüber der SPD aufwies und wo der rot-grüne Finanzminister zuletzt keine sehr glückliche Figur mehr abgab. Die Steuerpolitik gewann in den Wochen vor der Wahl deutlich an Bedeutung. Dies bestätigten die Ergebnisse unserer „Agenda-Frage“, in der wir die Wähler danach befragten, welche Themen oder Ereignisse sie zuletzt am meisten beschäftigten. Der Bedeutungsanstieg verbindet sich vor allem mit dem Namen von Paul Kirchhof. Als designierter Finanzminister einer schwarz-gelben Regierung propagierte er ein völlig neues, von dem Wahlprogramm der Union abweichendes Steuermodell. Seine Vorstellungen stießen bei den rot-grünen Anhängern wie bei den vielen unentschiedenen Wählern auf deutliche Skepsis oder Ablehnung und sie trugen zur Verunsicherung auch einiger Unionsanhänger bei. Am Schluss gaben 71 % der Wahlberechtigten an, nicht mehr zu wissen, für welche steuerpolitische Position die Union eintrat, ob gelte, was die Partei

beschlossen hatte, oder das, wofür Kirchhof stand. Aus einer zunächst geschickten Kandidatenwahl war unversehens ein Problem geworden. Denn mit der Steuerdebatte kam das Thema „soziale Gerechtigkeit“ völlig neu auf die Agenda, ein Bereich, in dem eher die SPD die Kompetenzführerschaft innehat. Erst die Union oder Kirchhof haben diese Debatte eingeführt und damit dem Wahlkampf eine völlig überraschende Wende gegeben. Der zuvor klare Kompetenzvorsprung der Union in der Steuerpolitik schmolz auf gerade noch 5 Punkte, die Debatte um die Haushaltsverschuldung, die die zweite Regierungsperiode der rot-grünen Koalition überschattete, wurde durch den Themenwechsel entschärft. Was neu aufkam war eine Debatte über soziale Gerechtigkeit und darüber, ob im Falle einer unionsgeführten Regierung die Schere zwischen Arm und Reich wieder auseinander ginge, wenn etwa der Chef genauso viel Steuern zahlt wie die Sekretärin. Diese Debatte wurde von der SPD und vor allem auch von Schröder sehr geschickt im Wahlkampf aufgenommen: Sie führte auch dazu, dass die SPD in den Politikbereichen auf einmal wieder zulegen konnte, in denen sie vor kurzem noch hinter der Union lag, etwa in der Gesundheits-

und in der Rentenpolitik. Vor allem konnte sie aber ihr Profil in der für ihre Wähler entscheidenden Frage der sozialen Gerechtigkeit deutlich schärfen. Der SPD gelang es dadurch, in der eigenen Wählerschaft wieder Vertrauen, das sie in den letzten drei Jahren verloren hatte, zurück zu gewinnen.

Die Debatte um die Kirchhofschen Ideen haben am Schluss viele Wähler auch darin bestärkt, dass es sich bei der Bundestagswahl 2005 tatsächlich um eine Richtungswahl handle. Dies hatten zwar beide Lager immer wieder betont, ohne dass aber so richtig klar geworden wäre, was der Kern dieser Richtungsentscheidung war. Die große Mehrheit der Wähler wollte zwar einen politischen Wandel, während aber die einen darunter einen grundlegenden Wandel verstanden, wollten andere eher einen gebremsten Wandel. Es ging zuletzt auch darum, wie viel Markt bzw. wie viel Solidarität, wie viel sozialen Ausgleich es künftig in der deutschen Gesellschaft geben sollte. An dieser Frage schieden sich die politischen Lager, deren Extrempositionen von den Liberalen und der Linkspartei gebildet wurden. Die Wähler der FDP votierten mehrheitlich für eine stärker leistungsorientierte Gesellschaft

und für eine freiere Entfaltung der Kräfte des Marktes, die Anhänger von PDS und WASG für eine Verteidigung des alten umverteilungsorientierten Sozialstaates. SPD und GRÜNE votierten für eine Fortsetzung der maßvollen Reformen innerhalb einer solidarischen Gesellschaft. Einzig bei den Unionsanhängern schieden sich die Geister: Die eine Hälfte sprach sich für eine eher marktorientierte Gesellschaft aus, die andere Hälfte wollte aber doch zumindest an den solidarischen Strukturen, an den bekannten Sozialsystemen festhalten. Dieser Zwiespalt hat der Union zu schaffen gemacht und hat zu Konsequenzen geführt, auf die ich gleich zu sprechen komme.

Kommen wir zum Wahlergebnis, das ja dann doch etwas überraschend ausfiel, was auch Anlass zur Kritik an den Demoskopen gab. Diese Kritik erscheint uns nicht ganz berechtigt. Gemäß einer Vereinbarung mit der ARD veröffentlichte Infratest dimap letztmals zehn Tage vor der Wahl die Ergebnisse einer Vorwahlumfrage. Gemessen am späteren Wahlergebnis wurden die SPD mit 34 % (Wahlergebnis 34,2), die GRÜNEN mit 7 % (8,1) und die Linke mit 8,5 % (8,7) sehr exakt wiedergegeben, das war fast schon eine Punktlandung.

Größere Abweichungen gab es lediglich bei Union und FDP: CDU/CSU wurden mit 41 % gemessen am Wahlergebnis (35,2) deutlich über- und die FDP mit 6,5 % (9,8) deutlich unterschätzt. Zusammengenommen wurde aber die Stärke des bürgerlichen Lagers mit 47,5 % ganz gut wiedergegeben und damit auch die beiden Kernaussagen: Rot-Grün würde die Mehrheit klar verfehlen, aber auch Schwarz-Gelb würde über keine regierungsfähige Mehrheit verfügen. Erklärungsbedürftig bleibt gleichwohl die Verschiebung bei Union und FDP. Was ist hier passiert, kam es in der letzten Woche hier noch kurzfristig zu Veränderungen und gab es dafür in den Erhebungen in der Woche vor der Wahl irgendwelche Anzeichen?

Wir haben auch in der Wahlwoche eine Wählerbefragung durchgeführt, deren Ergebnisse wir aber in Absprache mit der ARD nicht mehr veröffentlichten. Auf die übliche Frage „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“ schnitt die Union nur unwesentlich schlechter ab als in der Vorwoche. Auf die Nachfrage, welcher Partei man die Erst- und welcher man die Zweitstimme geben würde, war bei den Unionsanhängern

innerhalb einer Woche der Anteil derer, die angaben, ihre Zweitstimme der FDP zu geben, signifikant von 12 % auf 17 % gestiegen. Offenbar waren viele eher unionsgeneigte Wähler bereit, aus strategischen Gründen die FDP zu unterstützen. Die FDP hat auf ihrem Parteitag, den sie geschickt auf das Wochenende vor der Wahl gelegt hatte, eine Zweitstimmenkampagne propagiert und auch in einer groß angelegten Mailing-Aktion dafür geworben: Das hat offensichtlich gefruchtet, wie die Wahltagsbefragung von Infratest dimap belegt. Dort wird auch nach dem Zeitpunkt der Wahlentscheidung gefragt. Der Anteil der Wähler, die sich erst wenige Tage vor der Wahl entschieden haben, lag bei den FDP-Wählern am höchsten und bei den Unionswählern am niedrigsten, bei den Spätentscheidern war die Union also deutlich unterrepräsentiert. Ein Last-Minute-Swing zu Gunsten der FDP und zu Lasten der Unionsparteien müsste sich auch bei einem Vergleich des Wahlverhaltens von Brief- und Urnenwählern niederschlagen. Briefwähler müssen ihre Wahlentscheidung früher treffen als die Urnenwähler, beide Ergebnisse müssen sich demnach unterscheiden. Dies ist in der Tat der Fall, wie die vorliegenden amtlichen Daten bele-

gen. Der Anteil der Unionsstimmen bei den Briefwählern lag deutlich höher als bei den Urnenwählern, signifikant höher als bei den vorangegangenen Wahlen. Umgekehrt verhält es sich bei der FDP, die normalerweise bei den Briefwählern besser abschneidet als bei den Urnenwählern. Diesmal war es genau umgekehrt, sie schnitt bei den Urnenwählern besser ab als bei den Briefwählern. Diese Verschiebung innerhalb von Schwarz-Gelb erklärt aber noch keineswegs vollständig das schlechte Abschneiden der Union. Hierzu müssen wir uns noch einmal den wenige Tage vor der Wahl noch unentschiedenen Wählern zuwenden. In einer Umfrage für die ARD haben wir die Leute, die uns in den drei Wochen vor der Wahl nicht sagen konnten, welche Partei sie wählen, unmittelbar nach der Wahl noch einmal befragt, ob sie gewählt hatten – 87 % bejahen dies – und gegebenenfalls, welche Partei sie gewählt haben. Die Union kam bei dieser Wählergruppe, die wenige Tage vor der Wahl immerhin noch 18 % der Wahlberechtigten ausmachte, auf ganze 23 %, die SPD auf überdurchschnittliche 38 %. Auch die kleinen Parteien schnitten bei dieser Gruppe überdurchschnittlich ab: 12 % stimmten für die Linkspartei, 12 % für die FDP und 10 % für die

GRÜNEN. Also auch diese Bewegung der Wähler ging eindeutig zulasten der Union.

Die unentschiedenen Wähler sind nicht eine Mischung von sämtlichen Bevölkerungsgruppen und sozialen Gruppen, sondern es sind eher die politisch weniger Interessierten, die unteren Einkommens- und Bildungsschichten. Diese Leute haben häufig keine feste Parteibindung, sie haben gewisse Präferenzen und zwar eher für Parteien links der Mitte. Diese Wähler wählten bei der zurückliegenden Bundestagswahl überdurchschnittlich häufig die SPD. Insofern war es nicht so sehr überraschend, dass die linken Parteien von den Stimmen dieser Wählergruppe stärker profitierten als die Union und die FDP. Sie sind auch eher zu erreichen gerade durch emotionale Argumente. Auch dies scheint der Union offensichtlich am wenigsten gelungen zu sein. Aus all diesen Gründen haben wir von Infratest dimap auch immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Wahl noch nicht entschieden sei, so lange sich so viele Wähler noch nicht festgelegt haben. Das hat auch unser Hauptauftraggeber, die ARD, bei der Veröffentlichung unserer Umfrageergebnisse sehr deutlich gemacht.

Nun zum Wahlergebnis: Ungeachtet all der beschriebenen Probleme die im Wahlkampf der Union auftraten, darf man nicht vergessen, dass die Union erstmals seit 1994 wieder stärkste Partei geworden ist. Auch sie hat gegenüber der letzten Wahl verloren, wenn auch nicht so deutlich wie die SPD, aber ihre Verluste kamen relativ unerwartet. Zugute kam dies in erster Linie der FDP, die gegenüber 2002 2,4 Punkte zulegte und auf fast 10 % der Stimmen kam, und der Linken, die mit 8,7 % diesmal viertstärkste Partei wurde, aus ihrer Sicht ein Traumergebnis. Die GRÜNEN rangierten – bei leichten Verlusten – mit einem Stimmenanteil von 8,1 % nur noch an fünfter Stelle. Beide Regierungsparteien haben demnach Verluste erlitten, aber diese Verluste gingen nur zum geringeren Teil zugunsten der beiden bürgerlichen Oppositionsparteien. Der größere Teil ging an die Linkspartei, die ihren Stimmenanteil mit einem Zuwachs von 4,7 Punkten mehr als verdoppelte. Betrachtet man die Entwicklung aus der Lagerperspektive – bei SPD, GRÜNEN und Linkspartei kann man zwar nicht von einem politischen Lager sprechen, aber zumindest von Parteien links der Mitte – so haben sich die Kräfteverhältnisse gegenüber der Bundestagswahl 2002 ungeachtet

aller Turbulenzen in der zweiten Legislaturperiode von Rot-Grün fast überhaupt nicht verändert: Die Linksparteien – also SPD, GRÜNE und PDS zusammen – kamen 2002 auf 51,1 % (wovon allerdings 4 % außerhalb des Parlaments blieben, da die PDS mit einem Stimmenanteil von 4 % – von den zwei direkt gewählten Abgeordneten abgesehen – den Einzug in den Bundestag verpasste), und sie kamen 2005 auf das exakt selbe Ergebnis von 51,1 %. Und auch Union und FDP kamen zusammengenommen fast auf die gleichen Anteile wie vor drei Jahren. Allerdings kam es zu Verschiebungen innerhalb der „Lager“. Gestärkt gingen die FDP und die Linkspartei aus dieser Wahl hervor und damit die beiden politischen Pole auf der entscheidenden Dimension dieser Wahl, der Reform der gesellschaftlichen Sicherungssysteme: Die Linke, die hier für mehr Staat plädiert, und die Liberalen, die viel weniger Staat und viel mehr Markt wollen. Nicht zuletzt daraus resultieren die Probleme, eine regierungsfähige Mehrheit jenseits der Großen Koalition zustande zu bringen. Diese Wahl bestätigte auch noch einmal die beiden Hauptlager, Rot-Grün und Schwarz-Gelb, denn FDP-Wähler haben zu zwei Dritteln mit der Erststimme CDU gewählt und damit etwa

doppelt so viele wie 2002. Bei Rot-Grün war es ähnlich, auch hier gaben rund zwei von drei grünen Zweitstimmenwähler der SPD die Erststimme, aber da war es 2002 auch schon so. Auch programmatisch waren die Lager in den entscheidenden Fragen sehr homogen orientiert. Dies zeigt sich an den Gründen, die die Wähler in unserer Wahltagsbefragung als Hauptmotive für ihre Wahlentscheidung angaben. Für die Wähler von Union und FDP spielten wirtschaftspolitische Erwägungen und die Arbeitsmarktpolitik die entscheidende Rolle, bei SPD und GRÜNEN – und auch bei der Linkspartei – dagegen sozialpolitische Aspekte und die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Bei der Linkspartei kam noch die Arbeitsmarktpolitik hinzu. Den erkennbaren Graben zwischen den Lagern gilt es langfristig zu überwinden. Die letzten Wahlen haben gezeigt, dass man sich dauerhaft auf Fünf- bisweilen sogar Sechs-Parteien-Parlamente einzurichten hat, denken Sie an Sachsen mit sechs Parteien, denken Sie an Schleswig-Holstein, wo der SSW mit gerade mal 3 % eine Sperrminorität gebildet hat. Will man nicht, dass am Schluss immer nur die Große Koalition herauskommt, ist es sicherlich Aufgabe aller Parteien, wieder die Koalitionsfähigkeit untereinander zu erhöhen.

Die Wählerwanderungsanalyse von Infratest dimap zeigt, dass die SPD in alle Richtungen Stimmen abgeben musste. Auch in Bezug auf die Zahl der absoluten Stimmenzahlen war sie der größte Verlierer dieser Wahl. Sie hat – wie in allen vorangegangenen Landtagswahlen – in Richtung Union Wählerstimmen abgegeben, der größte Strom verlief aber in Richtung Linkspartei. Dies war eine der Überraschungen dieser Wahl und die erkennbare Wettbewerbssituation zur PDS/Linkspartei stellt die SPD vor die schwierige Aufgabe, wie sie sich in der Koalition positionieren soll, will sie sich gegenüber der Linkspartei langfristig behaupten. Dafür braucht sie nachweisbare Erfolge, dasselbe gilt auch für die Union in ihrem Kampf mit der FDP um bürgerliche Wähler. Beide sind auf eine erfolgreiche Politik angewiesen, denn ansonsten profitieren die kleinen Parteien und den Volksparteien droht ein weiterer Verlust an Wählern. Spannender als die Wanderungsbilanz der SPD ist die der Union. Die Union hat – wie gesehen – von der SPD Wähler gewonnen, sie hat auch gewonnen von den GRÜNEN, aber sie hat in weit deutlicherem Maße Wähler abgeben müssen, vor allen Dingen in Richtung FDP. Die Motive dieser Wähler waren, dies zeigen Nachwahl-

studien, eher strategischer Natur. Es handelt sich dabei eher um unionsgeneigte Wähler, die das Profil von Union und FDP als sehr ähnlich erfahren haben. Mit ihrem Stimmentsplitting – fast alle dieser kurzfristig zur FDP gewechselten Wähler gaben ihre Erststimme der CDU oder der CSU – wollten sie vor allem die Große Koalition verhindern, deshalb haben sie FDP gewählt. Wahrscheinlich kennt jeder von Ihnen einen im Bekanntenkreis, der aus eben diesem Motiv heraus FDP wählte, um die Große Koalition zu verhindern – das Gegenteil ist eingetreten und fast hätten diese Last-Minute-Wechsler sogar noch das Vorzeichen in der Großen Koalition umgekehrt, denn am Ende lag die Union nur einen Prozentpunkt vor der SPD, was ihr gleichwohl die Position des Kanzlers sicherte. Diese Zitterpartie wäre aus Unionsicht nicht unbedingt nötig gewesen. Für die Unionsparteien erwies sich die allzu enge programmatische Nähe zur FDP als problematisch, denn wenn sich zwei Parteien so ähnlich sind, dann fällt der Wechsel zu der anderen Partei relativ leicht. Es erwies sich als strategischer Fehler der CDU/CSU, als Volkspartei programmatisch nicht ein ausreichend großes Themenspektrum vertreten zu haben. Am Ende des Wahl-

kampfs traten die Defizite der Union in sozialen Fragen deutlich zutage. Dies war auch die Ursache für einen ungewöhnlichen Wählerstrom, denn die Union hat auch an die Linkspartei enttäuschte Wähler verloren, weil sie bestimmte Themen nicht mehr ausreichend abdeckte. Diese Entwicklung zeichnete sich im Übrigen schon sehr frühzeitig ab. Unmittelbar nach der Verkündigung von vorgezogenen Neuwahlen wanderten enttäuschte SPD-Wähler in hoher Zahl zur Union, die Unionsparteien kamen in der Sonntagsfrage kurzfristig auf 50 %. Diese wanderten aber genauso schnell wie sie gekommen waren wieder ab, und zwar in Richtung Linkspartei. Das heißt schon zu diesem Zeitpunkt hatte die Union keine Programmangebote und keine Argumente, um diese Wähler dauerhaft zu halten. Dieser Wechsel über die Lagergrenzen hinweg war ungewöhnlich, denn bislang verliefen die Hauptwanderungsbewegungen immer zwischen den beiden großen Parteien. Aber wenn die Unzufriedenheit mit der Regierungspartei so groß ist, und die zweite große Partei bietet sich nicht als Auffangbecken für diese enttäuschten Wähler an, dann erstarken kleinere Parteien und wir bekommen solche Mehrheitsverhältnisse, wie wir sie im jetzigen Bundes-

tag vorfinden.

Die Union hatte ein weiteres Problem, das mit dem eben genannten eng zusammenhängt. Die Union hatte erstmals größere Mobilisierungsprobleme. Offensichtlich war doch ein erheblicher Teil der Unionswählerschaft in deutlichem Maße irritiert von den programmatischen Angeboten der Union. Ein Grund hierfür war sicherlich die steuerpolitische Debatte, die ja sehr weitgehend war, denn es ging im Kern nicht nur um die von Kirchhof in die Diskussion gebrachte Flat Tax, es ging auch um die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme.

Kommen wir zur Wählerstruktur oder zum Abschneiden der Parteien in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Bemerkenswert ist, dass die SPD in allen Altersgruppen unterhalb von 60 Jahren vor den Unionsparteien liegt, bei den Jungwählern liegt sie sogar um 15 Punkte vorne. Die Union verdankt ihren Vorsprung gegenüber der SPD nur der älteren Generation, aber auch bei den älteren Wählern kam sie nur auf für sie magere 43 % der Stimmen. Dies ist im Hinblick auf die generative Entwicklung eine für die Union unbefriedigende Situation. Ansonsten lassen sich die bekannten Strukturen erkennen: Die Wähler der

GRÜNEN und der FDP und die Wähler der kleineren Parteien sind eher jünger. Die Wählerschaft der Linkspartei weist die homogenste Altersverteilung auf. Wie bei der letzten Wahl zeigt sich auch wieder eine deutliche Nord-Süd- und eine ebenso deutliche Ost-West-Differenzierung. Den knappen Vorsprung vor der SPD fuhren CDU und CSU vor allem in den südlichen Bundesländern ein, unter Einschluss Sachsens als südlichstes ostdeutsches Bundesland. Ein leicht verändertes Wahlverhalten zeigt sich beim Wahlverhalten von Frauen und Männern. 2002 hatten wir zum ersten Mal seit den Sechzigerjahren wieder eine geschlechtsspezifische Differenzierung, 2002 verdankte die rotgrüne Koalition ihren Wahlsieg vor allem den Frauen: 51 % der Frauen wählten Rot-Grün, nur 44 % wählten Schwarz-Gelb. Bei den Männern war es genau umgekehrt, Männer votierten mehrheitlich schon damals für den Wechsel. Dieser Unterschied im geschlechtsspezifischen Wahlverhalten ist wieder weitgehend aufgehoben. Diese Entwicklung liegt sicherlich auch an der Tatsache, dass für die Union diesmal eine Kandidatin antrat, was dann doch die eine oder andere weibliche Wählerin dazu veranlasst hat, sich für die CDU oder die CSU und damit für

Frau Merkel zu entscheiden.

Die Wahltagsbefragung von Infratest dimap zeigt eine Reihe weiterer interessanter Befunde für das Abschneiden der beiden Volksparteien. Generell nimmt ihre Fähigkeit ab, unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen zu integrieren. Nur bei einer Gruppe kommt eine der beiden großen Parteien auf mehr als 50 %: bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern erreichte die SPD noch 51 %. Dies bedeutet zwar auch einen Verlust von drei Punkten, aber nach wie vor ist die SPD in dieser Gruppe klar stärkste Partei. Die Union ist in keiner der von der Wahltagsbefragung erfassten Gruppen über 50 % gekommen, selbst bei den Katholiken, ihre Stammklientel, hat sie diesmal nur noch 49 % erreicht. Am schlechtesten schnitten die Volksparteien bei den Arbeitslosen ab, wo beide zusammen nur noch auf 54 % der Stimmen kamen. Die Union fiel in dieser Gruppe mit einem Anteil von 23 % sogar noch hinter die Linkspartei zurück, die auf 24 % kam, ein Plus von 14 Punkten. Ähnliche Verluste erlitten SPD und Union auch bei den Arbeitern. Anders als bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, wo Rüttgers stolz darauf verwies, dass die Union die Arbeiterpartei in NRW

geworden sei, behauptete die SPD bei der Bundestagswahl hier mit einem Anteil von 37 % zwar klar ihre Position als stärkste Partei vor der Union (30 %), beide verloren aber deutlich an die Linkspartei, für die sich 12 % der Arbeiter entschieden. Daran zeigt sich zum einen, wie schnell sich die Kräfteverhältnisse heute verändern können, die deutlichen Verluste beider Volksparteien in diesen Gruppen verdeutlichen aber auch die tiefe Verunsicherung, die die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre erzeugt hat.

Ihre vormalige Stärke von über 90 % ist für die Volksparteien sicherlich kaum mehr erreichbar. Die Erosion der Wählerschaft bei SPD und Union ist schon die letzten Jahre zu beobachten gewesen, sie hat sich bei dieser Wahl aber deutlich beschleunigt. Das hat nicht nur Konsequenzen für die Volksparteien, das hat auch massive Konsequenzen für die Mehrheitsfähigkeit in den Parlamenten. Insofern hat es natürlich auch eine Bedeutung für das Parteiensystem und auch für das demokratische Gefüge der Bundesrepublik.

Die abnehmende Bedeutung der Volksparteien tritt besonders krass in den neuen Bundesländern zutage, wo sich nicht nur das Wahlverhalten

nach wie vor deutlich von dem in den westlichen Bundesländern unterscheidet. In der Konsequenz haben wir dort auch ein anderes Parteiengefüge mit einer PDS/Linspartei, die dort mit SPD und CDU um die Rolle als stärkste Partei konkurriert. Diesmal verdankt die PDS/WASG ihren Erfolg ihren deutlichen Gewinnen im Westen. Auch in zahlreichen westlichen Bundesländern übersprang sie die Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl, im Saarland erreichte sie sogar fast das Niveau der neuen Länder. Die neu formierte Linkspartei muss deshalb schon bei den anstehenden Landtagswahlen im März als ernsthafter Wettbewerber für die etablierten Westparteien gesehen werden. Und schließlich dürfen bei der Betrachtung der Entwicklung der Parteienlandschaft die rechtsradikalen Parteien nicht übersehen werden. Zwar scheiterten sie auch bei dieser Wahl klar an der Fünf-Prozent-Hürde, aber die NPD konnte ihren Stimmenanteil immerhin auf 1,6 Prozentpunkte ausbauen, mehr als dreimal so viel wie 2002. Bedenklich wird die Entwicklung vor allem, wenn man das unterschiedliche Abschneiden der NPD in den einzelnen Bundesländern bzw. in einzelnen Bevölkerungsgruppen betrachtet. So erreichte die NPD in Sachsen beunruhigende 4,8 % der

Stimmen. Dort wie auch in den übrigen neuen Bundesländern erweisen sich vor allem junge Männer als besonders anfällig für rechtsradikale Parteien. Bei den 18-24jährigen männlichen Wählern erzielte die NPD bei der Bundestagswahl dort immerhin 13 % der Stimmen.

Da die Bereitschaft, kleinere Parteien zu wählen, bei Landtagswahlen eher noch höher einzuschätzen ist, dürften wir uns künftig öfter auf Fünf- und Mehrparteiparlamente einzustellen haben – mit allen damit verbundenen Komplikationen für die Mehrheitsbildung. Ähnliche Probleme wie bei der Bundestagswahl zeichneten sich ja auch nach dem Wählervotum in Sachsen und in Schleswig-Holstein ab, in beiden Fällen blieb – wie jetzt auch im Bund – nur die Große Koalition als stabile und tragfähige Regierungsmehrheit.

Nun zum Wahlergebnis in Bayern: Auch hier zeigen sich deutliche Differenzen zum vorangegangenen Wahlergebnis, die nicht weiter überraschen. Auf den ersten Blick sieht das Ergebnis für die CSU sehr erfreulich aus: Sie wurde wiederum klar stärkste Partei in Bayern und fuhr für die Union das mit Abstand beste Landesergebnis ein. Ihr am nächsten kam die CDU in Baden-Württemberg und

in Rheinland-Pfalz, also ebenfalls zwei südliche Länder, aber hier erreichte die CDU nur 39 bzw. 36 %. Die schlechtesten Ergebnisse erzielte die CDU im Osten, wobei in Brandenburg, wo die CDU nur auf einen Anteil von 20,6 % kam, die Äußerungen von Schönbohm zur „Proletarisierung der Werte“ deutliche Wirkung zeigte. Die umstrittene „Ossi-Schelte“ des Bayerischen Ministerpräsidenten hat zwar keine unmittelbaren Reaktionen ausgelöst, dürfte aber wohl kaum hilfreich gewesen sein für die Positionierung der CDU im Osten. Diese Äußerungen verhalfen andererseits aber auch Merkel, sich gegenüber Stoiber als Parteiführerin zu profilieren. Sie hat ihre Position durch ihre Reaktion auf Stoibers Äußerungen eher gestärkt. Betrachtet man die Verluste der CDU nach Ländern sortiert, ist ebenfalls Bayern mit einem Verlust von 9,3 Punkten gegenüber 2002 einsame Spitze. Dieser Verlust erklärt sich aus dem fulminanten Wahlergebnis, das der damalige Unionskandidat in Bayern eingefahren hat. Damals wurde Stoibers Kandidatur von der bayerischen Bevölkerung massiv unterstützt. Stoiber bekam einen Heimbonus, der mit einem Zuwachs von 10,8 Punkten stärker ausfiel als bei allen Kandidaten zuvor – Angela Merkel hat dagegen

in ihrem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern sogar noch ein bisschen verloren. Wenn man diesen Zuwachs einbezieht, dann relativieren sich die starken Verluste der CSU. Ihr Ergebnis lag 2005 immerhin noch über dem Ergebnis der Bundestagswahl 1998, während die CDU ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949 einfuhr. Unter dem Strich bleiben die Verluste für die CSU gleichwohl schmerzhaft. Sie verlor nicht nur ihre Position als drittstärkste Kraft im Deutschen Bundestag, die sie sich nach der Vereinigung mühsam zurück erkämpfte, mit einem gesamtdeutschen Anteil von nurmehr 7,4 % fiel sie sogar auf den sechsten Platz zurück, hinter die FDP, die GRÜNEN und sogar hinter die Linkspartei. Das ist in der Regel verbunden mit Einflussverlust, das ist keine Frage. Das Abschneiden der bayerischen SPD verhält sich diametral zu dem der CSU, sie erreichte nämlich im Freistaat mit einem Anteil von 25,5 % das niedrigste Ergebnis von allen Bundesländern. Umgekehrt verhält es sich allerdings bei den Verlusten, da ist Bayern für die SPD Spitze, weil die bayerischen Sozialdemokraten mit 0,6 die geringsten Verluste erlitten.

Insgesamt haben auch in Bayern die beiden Volksparteien ihre historisch

schlechtesten Ergebnisse seit Bestehen der Bundesrepublik eingefahren. Auf die Mehrheitsbildung hat dies allerdings in Bayern wenig Einfluss, weil die Volkspartei CSU immer noch so stark ist, dass ihre Mehrheit kaum gefährdet scheint. Aber es ist doch bemerkenswert, in welchem Ausmaß die kleineren Parteien zugelegt haben. Die FDP knüpfte an die Erfolge der Sechzigerjahre an, die GRÜNEN konnten fast an ihr Rekordergebnis herankommen.

Zum Abschluss möchte ich noch auf das Ereignis zu sprechen kommen, das in der vergangenen Woche für heftigen Diskussionsstoff sorgte: Der überraschende Verzicht Stoibers auf ein Ministeramt in Berlin. Was immer der Ministerpräsident für Gründe gehabt haben mag, er kann sich bei seinem Entschluss auf das Votum der bayerischen Bevölkerung berufen. Wir haben im Juli gefragt: Soll Stoiber als Bundesminister nach Berlin gehen oder Ministerpräsident in Bayern bleiben? Die bayerischen Wähler haben sich seinerzeit ganz eindeutig für einen Verbleib Stoibers in Bayern ausgesprochen. Mit seiner unerwarteten Entscheidung ist er, wenn auch etwas verspätet, diesem Wunsch nachgekommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Auszüge aus der Diskussion

Prof. Dr. Dr. h.c.

Heinrich Oberreuter:

Mir fällt Talleyrand ein aufgrund Ihrer letzten Bemerkungen, dem man nachsagt, er habe in einer halbrevolutionären Situation den Spruch getan: „Dort läuft mein Volk, ich muss ihm nach, ich bin sein Führer!“ Ich weiß auch überhaupt nicht, warum man sich über autoritäre Zustände im Freistaat beklagt, wenn der Ministerpräsident dem Volke folgt.

Vielen Dank für die detaillierten Informationen! Ich will jetzt dem Publikum die Chance geben, Herrn Hilmer zu fragen, was nur er oder ein anderer Empiriker beantworten kann.

Fragesteller: Wie hat sich Professor Kirchhof ausgewirkt? Der fiel bei Ihnen unter den Tisch. Dass es innerhalb der Union auch eine Menge Kritik an Herrn Professor Kirchhof gegeben hat, war aus meiner Sicht erst die Basis dafür, dass die SPD hier einen erfolgreichen Schachzug der Union wiederum gegen sie wenden konnte. Und zweitens: Mir fehlte die Analyse, ob bei dem TV-Duell nicht einer der beiden Kandidaten populistischer gewesen ist und mit seiner Art der Argumentation besser durchgekommen ist.

Fragestellerin: Lässt sich das nachträglich ermitteln oder feststellen, ob ein frühes Bekenntnis von Stoiber zu Berlin und damit eventuell die Verhinderung von Kirchhof zu einem anderen Wahlergebnis geführt hätten?

Fragesteller: Wenn man fragt, wie Sie Ihre Daten zusammenbringen, folgen Sie genau der Logik der eingespielten Demoskopie. Das heißt, Sie bringen die Erwartungen oder Wünsche der Wähler mit den Problemlösungskompetenzen und mit den Kandidatenprofilen zusammen. Das ist das Dreieck. In diesem Erklärungszusammenhang bewegen Sie sich, aber auch die anderen Institute. Müssen wir seit der Agenda 2010 nicht umdenken? Müssen wir nicht eine tiefgehende Kluft in der Bevölkerung festhalten – auf der einen Seite ein Lager, das diese Reformen nicht will, verängstigt ist und aus seiner Interessenperspektive gegen diese Ansätze ist; auf der anderen Seite ein Lager, eher im Bürgerlichen verankert, das diese Veränderungen will, an der Spitze die FDP-Anhänger. Ist diese Kluft nicht viel wichtiger für den Erklärungszusammenhang, weil die Volksparteien nicht in der Lage sind, eine Brücke zwischen diesen beiden tief getrennten

Lagern herbeizuführen?

Richard Hilmer: Zweimal wurde die Frage gestellt: Wie hat sich Kirchhof ausgewirkt? Hätte die Union nicht besser abgeschnitten, wäre ein anderer, zum Beispiel der Bayerische Ministerpräsident, ins Kompetenzteam eingetreten? Eines ist klar: Im Nachhinein hat sich die Kirchhof-Besetzung als Belastung erwiesen. Das lag weniger an der Person, es lag vielleicht nicht einmal an dem Konzept der Flat Tax, es lag an dem zeitlichen Ablauf dieser Installierung. Das hätte man sicherlich verhindern können. Dann wäre Kirchhof ein ausgezeichneter, honorierter Kandidat gewesen, wie eben umgekehrt Pierer ja auch. Da gab es überhaupt keine Diskussion. Hier gebe ich Ihnen völlig Recht. Tatsächlich ist die Kritik an der Unausgewogenheit des Flat Tax-Modells zum ersten Mal von Herrn Wulff geäußert worden, und Herr Wulff hat Herrn Kirchhof sozusagen gemahnt, sich wieder zurück auf die Beschlüsse der Union zu beziehen und das Unionsprogramm zu vertreten.

Insofern war das sicherlich im Nachhinein unglücklich. Aber die ersten Reaktionen haben gezeigt, Kirchhof war ein Fachmann, der in den ersten

öffentlichen Auftritten durchaus positiv angekommen ist – ich erinnere mich an ein Duell mit Eichel. Es ist völlig richtig, dass Herr Schröder – aber das darf man den Wahlkämpfern nicht verübeln, die versuchen natürlich, aus Fehlern der politischen Wettbewerber ihren Nutzen zu ziehen – genau da eingehakt hat. Dann auch wiederum die beharrenden Reaktionen, die auch in Bereiche hinein gingen, die für den Normalbürger nur noch schwer nachvollziehbar waren, und die dann dieser Richtungsentscheidungsfrage erst Substanz gegeben haben. Natürlich können die unentschiedenen Wähler über emotionale Elemente gut, vielleicht sogar besser erreicht werden als über Überzeugungselemente, aber auch hier gibt es natürlich Erfahrungshintergründe. Man muss diese Wähler dort abholen, wo ihre eigenen Erfahrungen sind, und das ist ganz offensichtlich in diesem Fall Schröder besser gelungen als Frau Merkel. Das muss nicht nur daran liegen, dass Schröder der bessere Kommunikator ist. Die unentschiedenen Wähler kommen eher aus den unteren Einkommensschichten und hatten hier gewisse Befürchtungen, die nicht unbedingt hätten aktiviert werden müssen, aber der weitere Diskussionsverlauf hat eben dazu geführt.

Was die Reformbereitschaft angeht, kann man, glaube ich, zwei Schlussfolgerungen ziehen. Erstens: Es gibt nur eine Gruppe, die sich explizit gegen Wandel ausgesprochen hat, die Linkspartei. Gerade deswegen ist sie auch programmatisch für niemanden ein Koalitionspartner. Alle anderen wollen ja Wandel, allerdings in unterschiedlicher Intensität. Agenda 2010 war auch aus Sicht der SPD-Wähler eine ziemliche Zumutung, was sie in jeder Landtagswahl zum Ausdruck gebracht haben. Insofern ist das, was Schröder mit dieser Wahl für die SPD erreichen wollte, auf jeden Fall geklärt. Hinter 2010 braucht die SPD nicht mehr zurückzufallen. Das gibt überhaupt erst die Grundlage für die Große Koalition; denn ohne Reformen braucht die Große Koalition erst gar nicht anzufangen. Aber ich glaube, beide Parteien müssen lernen – die Union aus unmittelbarem Anlass des Wahlergebnisses, die SPD aus den Erfahrungen mit Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen –, dass man diese Politik den Leuten sehr intensiv erklären muss. Ein Beispiel, wie es vielleicht gehen könnte: Die Rede, die Schröder mit dem Rücken an der Wand im Wahlkampf vor dem SPD-Wahlparteitag gehalten hat, war sicherlich in der Hinsicht die beste Rede, die er in seiner gesamten

Amtszeit gehalten hat. Hätte er so eine Rede schon früher gehalten, hätte er sich sicherlich einigen Ärger erspart. Bei der Union ist es nicht nur Kirchhof gewesen, es gab auch die Diskussion über eine Mehrwertsteuererhöhung und über die Gesundheitsprämie. In allen Punkten war relativ klar aus den Meinungsumfragen: Dafür gibt es keine Mehrheit. Wenn ich das sehe, muss ich natürlich massiv versuchen, die Leute zu überzeugen.

Eine Botschaft ist bei einer breiten Mehrheit angekommen – das zeigen auch alle Umfragen –, die Einsicht, dass grundlegende Reformen notwendig sind. Darunter versteht natürlich jeder ein bisschen etwas anderes. Aber das ist die Aufgabe gerade der Volksparteien, hier einen Konsens herzustellen. Das ist sicherlich auch die Grundaufgabe der Großen Koalition.

Präsident Glück: Zwei Fragen: Die Union ist angetreten unter dem Aspekt, mit einem ehrlichen Wahlprogramm – offene Botschaft – einen ehrlichen Wahlkampf zu führen. Ich glaube, dazu muss man sich die Situation nach der Ankündigung der Neuwahlen vor Augen halten. Die Publizistik, ja alle haben überhaupt nicht mehr damit gerechnet, dass

Rot-Grün noch eine Rolle spielt. Die große Frage war, und der Druck auf die Unionsparteien: Haben die jetzt den Mut, die Dinge beim Namen zu nennen? Sie haben es versucht. Frage: Hat aus Ihrer Sicht ein solches Wahlkampfkonzept überhaupt eine Chance? Darf man einen – zugespitzt – „ehrlichen Wahlkampf“ führen? Zweite Frage: Die SPD hat in der Kampagne – personell und organisatorisch schon in der Konzeption – offenbar einen starken Akzent gesetzt auf eine Negativkampagne zu den Vorschlägen der Union. In den USA, wenn ich das recht sehe, spielen diese Negativkampagnen auch eine ganz zentrale Rolle in den Wahlkampfkonzeptionen. Was sagt der Demoskop dazu?

Richard Hilmer: Ich glaube, das wäre ein fataler Fehler, wenn man wieder zu einer eher zynischen Wahlkampf-führung zurückginge und alles im Unklaren belässt und einfach nur sagt: Ich bin der Bessere und der Klügere und ich werde es besser machen. Als Beispiel wird immer NRW gebracht. Rüttgers hat nicht im Einzelnen definiert, was er vor hat, und er hat die Wahl klar gewonnen. Aber das war eine Landtagswahl. Diese Landtagswahl lebte von der Ablehnung der Bundespolitik. Sie lebte von

der Unzufriedenheit mit der SPD, die abgewählt wurde. Da spielte auch dieses Momentum, was der neue Ministerpräsident im Einzelnen vorhat, nicht die entscheidende Rolle. Ich glaube, bei einer Bundestagswahl wäre das, hätte man es versucht, schwieriger geworden. Nicht nur des Mediendrucks wegen, sondern weil die Leute auch Antworten wollen. Aber ich meine, dass es wichtig ist, die Art und Weise der Kommunikation deutlich zu verbessern. Es war ja so: Es gab durchaus die Bereitschaft, diesen Weg mit der Union mitzugehen bis zu einem gewissen Punkt, wo das Ganze vielen Leuten, die bis dahin noch schwankten, blümerant erschien. Das war sicherlich ein schwieriger Punkt. Da hätte man vorher einiges einbringen müssen. Man muss den Bürgern nicht alles im Detail erklären, gewisse Dinge kann man natürlich offen halten. Aber wegen der Mehrwertsteuer alleine wäre es sicherlich zum Schluss nicht zu dem Absturz der Union gekommen. Schwerwiegend für die Union war, dass man eigentlich „Wahlkampf verkehrt“ geboten hat. Die Opposition sah sich auf einmal in die Regierungsrolle versetzt. Jeder hat erwartet, dass Frau Merkel Kanzlerin wird – sie wurde ja zum Teil im Vorfeld schon als solche angesprochen –, das

hat sich ein bisschen verselbstständigt. Das ist gefährlich und hat der SPD auf einmal strategisch die Möglichkeit gegeben, einen Oppositionswahlkampf zu fahren, was ja für eine Regierungspartei eigentlich völlig absurd und unter normalen Umständen gar nicht möglich ist, weil jeder erst einmal auf die Bilanz schaut und zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre. Der taktische Fehler bestand sicherlich nicht darin, die Wahrheit zu sagen, sondern sich allzu sehr erstens in diese Rolle drängen zu lassen und eben nicht Bilanz zu ziehen, und zweitens aus dem erkennbaren Widerwillen, was die einzelnen Programmpunkte anbetrifft, nicht ausreichend Konsequenzen gezogen zu haben. Nun ist dieser Wahlkampf ja auch schwierig gewesen, weil er so kurz war. Man merkte dem Wahlkampf immer wieder an, dass häufig die Reaktionen „aus dem Bauch heraus“ eine Rolle gespielt haben. Die können manchmal ziemlich danebengehen. Ich vermute einmal, wenn die Wahl erst 2006 gewesen wäre, wären sicherlich einige Dinge anders gelaufen, hätten auch anders vorbereitet und kommuniziert werden können. Deshalb würde ich zumindest nicht den Schluss daraus ziehen, demnächst dem Bürger nicht mehr zu sagen, wohin man will, sondern ihn

nur noch im Unklaren zu lassen. Sie haben das TV-Duell noch einmal angesprochen. Die Bürger hören schon zu, bewerten auch differenziert, folgen nicht nur ihren parteipolitischen Präferenzen, sondern versuchen wirklich heraus zu hören, weil sie den Ernst der Lage erkannt haben, wer denn die besseren Konzepte anbietet. Aber insgesamt gab es offensichtlich keine eindeutig überzeugende Lösung und deswegen auch dieses Wahlergebnis.

Fragesteller: War es nicht eine Schwäche der Union, dass sie keinen argumentativen Wahlkampf geführt hat, das heißt, die Probleme nicht dargestellt hat? Ich will nur ein Beispiel nennen. Wenn Sie den Bundeshaushalt nehmen: 110 Milliarden von 250 Milliarden gehen allein in den sozialen Bereich. Im Grunde kann man nur dort wirklich entscheidend einsparen. Man muss darstellen und rüberbringen, wozu wir gezwungen sind aufgrund der Verhältnisse. Daran hat es gefehlt. Der Einzige, der argumentiert hat, war Merz in der Diskussion mit Lafontaine. Er hat die Diskussion immer wieder auf die Sachpunkte gebracht. Dann noch ein weiteres Beispiel: Kirchhof ist sofort von der SPD angegriffen worden, und keiner hat gewagt, massiv dagegenzu-

halten, sondern gleich am zweiten Tag hat Frau Merkel zurückgezogen. Das ist kein Bild von Führungsstärke, sondern das ist ein Bild von Schwäche und treibt die Leute weg.

Fragesteller: Die Treffsicherheit der Wahlforscher war diesmal nicht so präzise wie sonst. Meine Frage ist, ob es nicht auch daran gelegen hat, dass die Leute sich geniert haben, das, was sie denken, zu sagen, nämlich in der Frage: Traue ich einer Frau zu, zu regieren? Viele Leute haben selbst im Telefon-Interview sich geniert zu sagen, ich traue einer Frau eigentlich nichts zu, und das seien insbesondere viele Frauen gewesen, so referiere ich. Haben Sie darüber Erkenntnisse?

Fragesteller: Sie haben angeführt, dass der Grund für das Ergebnis der CSU in Bayern mit den über 9 % Verlusten der Heimatbonus des Kanzlerkandidaten '98 war. Ist es das ausschließlich? Kann es nicht etwas anderes sein? Etwa die Spar- und Kürzungspolitik in Bayern, die Bildungspolitik in Bayern?

Richard Hilmer: Was die 9 % Verluste der CSU in Bayern anbetrifft: Es gab sicherlich auch Probleme und die Wahlbeteiligung ist auch deutlich gesunken. Das hängt natürlich mit

dem Ministerpräsidentenbonus zusammen. Es war schon bemerkenswert, was 2002 gerade in Bayern gelaufen ist. Das war ein historisch einmaliges Ergebnis. Wenn man es in den historischen Kontext stellt, dann sieht man, dass die CSU trotz niedriger Wahlbeteiligung, trotz der Verluste, immer noch zugelegt hat gegenüber '98, während andere Länder sogar noch verloren haben. Nun komme ich auf die Frage: Spielte es eine Rolle, dass eine Frau angetreten ist? Das ist eine sehr schwierige Frage. Wir können die Leute natürlich direkt fragen. Wenn wir sie direkt fragen, sagen sie: Nein. Und wenn wir Frauen fragen – und das ist ja auch häufig nachvollziehbar –, ist es dann eher positiv: Ich freue mich, dass eine Frau angetreten ist. Wir haben das auch in qualitativen Erhebungen ab und zu thematisiert. Die Tatsache, dass eine Frau angetreten ist, hat meines Erachtens nicht unmittelbar eine Rolle gespielt. Es gab jedoch ein interessantes Phänomen bei den Unentschiedenen, also eher Leute mit Hauptschulabschluss oder mit niedrigem Einkommen, die auch politikerferner sind. Sie sind sicher schwieriger anzusprechen. Bei dieser Bevölkerungsgruppe spielen Personen eine größere Rolle. Da kann es schon sein, dass gerade ein TV-Duell mit etwas

kräftigeren, deutlicheren Ausdrucksformen und vor allen Dingen der Fähigkeit, nicht nur den Intellekt, sondern auch die Emotionen anzusprechen, verfängt und stärker greift. Wir haben ja gesehen, die Entscheidung dieser Gruppe ging auf jeden Fall eindeutig zulasten der Union, und es würde sich lohnen, das noch einmal genauer zu untersuchen. Wir wissen, Personen spielen natürlich eine Rolle. Sie spielten diesmal allerdings, das zeigt unsere Wahltagsbefragung, eine erkennbar geringere Rolle als 2002, wo diese „High-Noon-Situation“ zwischen den beiden Kandidaten sehr stark die Konzentration, zumindest bei den beiden Volksparteien, auf die beiden Kandidaten gelenkt hat.

Diesmal ging es erkennbar mehr um Inhalte. Und damit bin ich auch bei dem letzten Punkt: Ob man nicht noch viel stärker hätte die Probleme des Landes deutlich machen sollen, und ob Merkel nicht Kirchhof, als er zum ersten Mal attackiert worden ist, stärker hätte unterstützen sollen. Ich glaube, das ist die gegenteilige Annahme zu der, man solle vielleicht weniger ehrlich sein. Hier wird noch mehr Ehrlichkeit und Ausführlichkeit verlangt. Den Vorwurf kann man der Union auf jeden Fall nicht machen, dass sie nicht sehr pointiert deutlich

gemacht hat, was sie machen will. Dass man das im Einzelnen natürlich nicht weiß, ist in einer Wahlkampfsituation normal. Wenn sie es noch mehr gemacht hätte, noch mehr auch den Intellekt angesprochen hätte, dann fürchte ich, wäre es ein Stück weit komplizierter geworden. Es war nicht so sehr die Frage, ob mehr oder weniger Inhalte, mehr oder weniger Tiefe, sondern man muss neben der zutreffenden Analyse der Probleme auch Lösungen anbieten, die überzeugen, die auch die Leute mitnehmen im Sinne einer positiven Alternative. Ich kann nicht nur einen Wahlkampf machen, in dem ich den Leuten erzähle: „Das wird ganz fürchterlich werden. Wir müssen durch dieses tiefe Tal hindurch. Es ist schwierig, dafür Weggefährten zu finden.“

Zu der Unterstellung, dass Frau Merkel Kirchhof nicht ausreichend unterstützt habe: Hier darf man erstens nicht vergessen, dass es auch Kritik innerhalb der eigenen Reihen gab, die zeitlich sogar so ein bisschen vorgelaufen war, und zweitens, was hätte das bedeutet? Die Debatte uferete ja aus. Man darf nicht vergessen, dass Professor Kirchhof irgendwann einmal sogar noch der Privatisierung der Rente das Wort geredet hat. Das sind existenzielle Fragen der gesam-

ten Republik, die ich unmöglich eine Woche vor der Wahl in die Diskussion einbringen kann. Wie das Rentensystem ausschaut, das geht die Rentner selber an, das geht die Leute an, die demnächst in Rente gehen, das kann ich nicht innerhalb einer Woche auf einmal kurz andiskutieren. Und auch die Flat Tax ist etwas sehr, sehr Kompliziertes. Da hat man sich vielleicht an die Flatrates bei den Telefonrechnungen so einigermaßen gewöhnt, aber in der steuerlichen Debatte ist das wirklich hoch komplex und kompliziert. Ich meine, dass es absolut richtig war, zumindest zu versuchen, ihn wieder in den Schoß der Partei und des Parteiprogramms zurückzuführen. Ich würde eher im Gegenteil sagen: Es ist nicht deutlich genug gemacht worden, dass es nicht um seine Visionen geht, sondern um das Wahlprogramm der Union. Das war sicherlich taktisch ein Riesenfehler. Strategisch halte ich es für einen Fehler, dass diese programmatische und auch personelle Verengung da war. Im Übrigen: Merz ist akzeptiert worden, weil er in einem bestimmten Bereich etwas verlangt und eingeführt hat, was jedem einsichtig war und jeder danach lechzte, nämlich Transparenz, Übersichtlichkeit im Steuerrecht. Das ist etwas, wofür Sie heute sofort eine Mehrheit kriegen.

Aber eben nicht für eine Flat Tax, deren Konsequenz man bis heute nicht so ganz nachvollziehen kann.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich
Oberreuter:**

Herzlichen Dank, Herr Hilmer! Es reizt natürlich, auf das eine oder andere noch einzugehen: Kirchhof ist ein reizvolles Thema. Ich kann nicht finden, dass man starke Unterstützung hat, wenn man von einer Parteiführerin als Professor vorgehalten kriegt, man habe Visionen. Das ist nämlich genau die Art und Weise, wie Politiker, die sich nicht mehr zu helfen wissen, mit Professoren umgehen. Ich kenne das und mir fällt nur Helmut Schmidt ein, der gesagt hat: Wer Visionen hat, gehört nicht in die Politik, sondern ins Hospital.

Ein Punkt scheint mir noch ganz wichtig zu sein, bevor ich eine Abschlussbemerkung mache. Eines hat sich am Ende doch herauskristallisiert: Ein Wahlkampf schrankenloser Ehrlichkeit sollte lieber unterbleiben, weil er nicht erfolgreich sein kann. Ich habe das in meiner Einleitung schon mit der Bemerkung umkleidet: Wer in diesem Land nicht im Geruch der Verteidigung der sozialen Gerechtigkeit steht, kann keine Wahl gewinnen. Die Professionalität von Wahl-

kampfführern, die das nicht wissen, ist mir schleierhaft; denn seit 1998 ist jede Wahl mit dem Argument der sozialen Gerechtigkeit gewonnen worden oder in ihrer Knappheit so ausgegangen, wie sie ausgegangen ist. Was nicht heißt, dass man den Leuten nicht reinen Wein einschenken kann. Aber bitte nicht im Sinne eines klaren Regierungsprogramms! Ich bin nicht gegen die Wahrheit. Aber irgendwo muss die Politik auch ihre eigene Rationalität verteidigen. Das muss man halt wissen. Wir können nicht die Faktoren Demographie und Globalisierung und Wissensgesellschaft und was das alles bedeutet für die Korrektur von Mentalitäten und Verhaltensweisen, die wir uns jahrzehntelang angewöhnt haben, in dieser Diskussion übersehen. Darauf werden die Parteien und auch die Wähler eine Antwort geben müssen, weil man sich darüber nicht hinwegschwindeln kann. Am stärksten betroffen ist die Union, die, befragt nach der Orientierung Richtung Leistungsgesellschaft oder Richtung Solidargemeinschaft – ich will jetzt nicht darüber rechten, wie rational diese Gegensätzlichkeit ist, aber sie sagt ja etwas aus –, die also, befragt nach diesen Orientierungen, in sich zwei gleich starke Gruppen hat. Sie ist in sich zerrissen zwischen Bewegung

und Bewahrung. Und das ist genau der Punkt, vor dem wir stehen und der unsere Diskussionen in Zukunft sehr viel stärker beflügeln wird als die klassischen Untersuchungen nach dem Michigan-Modell oder was es sonst alles gibt in der klassischen Wahlforschung, was wir unbefragt zum Teil immer noch hinnehmen. Wir beklagen seit Jahrzehnten die abnehmende Erklärungskraft dieser Modelle, richten uns aber immer noch weitgehend danach und tragen daran Mitschuld, dass man manchmal die Dinge nicht gar so haarscharf trifft, wie sie sich entwickeln. Die Demoskopie hat es aber auch schwerer durch die gesteigerte Volatilität. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!